




Infrastruktur für Wasserstofffahrzeuge in München

ausbauen

Antrag Nr. 14-20/A 01122 der Stadtratsfraktion Freiheitsrechte, Transparenz und
Bürgerbeteiligung vom 22.06.2015

2. Vorlagen



Beschluss des Umweltausschusses 
vom 12.04.2016 
Öffentliche ung

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Vortrag der Referentin	1
II. Antrag der Referentin	3
III. Beschluss	3

I. Vortrag der Referentin

Die Stadtratsfraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung stellte den beigefügten Antrag (Anlage 1), demgemäß die Stadtverwaltung beauftragt werden soll, dem Stadtrat Vorschläge für eine verbesserte Infrastruktur in der Stadt für das „Betanken“ von Wasserstoff-Fahrzeugen vorzulegen. Empfehlenswert sei es, mit dem in München ansässigen Unternehmen Linde AG, das zu den führenden Unternehmen im Bereich der Wasserstoff-Technologie gehört, Kontakt aufzunehmen und eventuell eine Kooperation einzugehen.

Die Recherchen des Referats für Gesundheit und Umwelt (RGU) ergaben, dass von Bund, Industrie und Wissenschaft gemeinsam in strategischer Allianz bereits 2006 das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) initiiert worden ist. Dieses Programm soll durch die Förderung von groß angelegten Demonstrationsprojekten und Projekten aus dem Bereich Forschung und Entwicklung die Marktvorbereitung von Produkten dieser zukunftsgerichteten Technologie entscheidend beschleunigen. Es ist in die drei Programmbereiche »Verkehr und Wasserstoffinfrastruktur«, »Stationäre Energieversorgung« und »Spezielle Märkte« unterteilt. Ziel ist es, die Marktvorbereitung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie voranzutreiben. Das Innovationsprogramm wird von der

bundeseigenen NOW GmbH (Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie) koordiniert. Mit dem NIP stellt die Bundesregierung gezielt 700 Mio. Euro für die Finanzierung von Demonstrationsprojekten auf der Basis von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zur Verfügung. Diese Summe wird durch den Beitrag der Industrie verdoppelt, sodass in Deutschland **bis 2016 rund 1,4 Mrd. Euro** in die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie investiert werden.


Das vom RGU beteiligte Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) übermittelte eine Stellungnahme der Stadtwerke München GmbH (s. Anlage 2) und teilte Folgendes mit:

„Das Referat für Arbeit und Wirtschaft begrüßt die in der Stellungnahme (der Stadtwerke München GmbH) aufgeführten gemeinsamen Aktivitäten von Bund und Privatwirtschaft zum Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur für Wasserstoffmobilität in Deutschland. Gegenwärtig sind in Deutschland 16 Wasserstofftankstellen in Betrieb, elf befinden sich im Bau und weitere 25 sind in Planung. Zwei der aktuell in Planung befindlichen Wasserstofftankstellen sollen im Münchner Raum errichtet werden, eine am Münchner Flughafen und eine an der Autobahnraststätte Fürholzen (BAB 9, nahe dem Autobahnkreuz Neufahrn). Eine Wasserstofftankstelle in München an der Detmoldstraße ist bereits in Betrieb.

Am 13.10.2015 präsentierte die H₂ MOBILITY Deutschland GmbH & Co. KG – ein Konsortium der Firmen Air Liquide, Daimler, Linde OMV, Shell und Total – dem Bundesverkehrsminister ihre Pläne zum bundesweiten Aufbau eines flächendeckenden Wasserstofftankstellennetzes bis 2023. Bis dahin sollen insgesamt 400 Wasserstofftankstellen in Deutschland die Versorgung von Brennstoffzellenfahrzeugen mit Treibstoff grundlegend gewährleisten. Bis Ende 2018 wird eine Verfügbarkeit von bundesweit ca. 100 Wasserstofftankstellen angestrebt. In der Landeshauptstadt und dem Münchner Umland soll es dann sieben Wasserstofftankstellen geben. Die Privatwirtschaft geht mit Unterstützung der Bundesregierung beim Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur massiv in Vorleistung und schafft damit selbst die Voraussetzungen für eine möglichst reibungslose Einführung des Brennstoffzellenantriebs. Ein gesondertes kommunales Engagement der Landeshauptstadt München erscheint vor diesem Hintergrund nicht erforderlich.“

Die Ergebnisse der Recherchen des Referates für Gesundheit und Umwelt entsprechen denjenigen des Referates für Arbeit und Wirtschaft. Bund und Privatwirtschaft haben bereits umfangreiche Maßnahmen zum Aufbau eines Wasserstofftankstellennetzes getroffen. Die Tankstellen sollen gleichmäßig im gesamten Bundesgebiet verteilt sein, die weitere Vorgehensweise ist bereits detailliert geplant. Das RGU teilt daher die Ansicht des RAW, dass zusätzliche Maßnahmen durch die Landeshauptstadt München nicht

erforderlich sind.



Die Beschlussvorlage ist mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft abgestimmt. 

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Heide Rieke, sowie die Stadtkämmerei und das Referat für Arbeit und Wirtschaft haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Auf die Erarbeitung von Vorschlägen für eine bessere Infrastruktur in der Landeshauptstadt München für das Betanken von Wasserstoff-Fahrzeugen wird verzichtet, da es für Aufbau und Finanzierung eines Wasserstofftankstellennetzes von Bund und Privatwirtschaft bereits eine detaillierte Planung gibt, mit deren Umsetzung bereits begonnen wurde.
2.  Der Antrag Nr. 14-20/A0122 ist damit geschäftsordnungsgemäß  erledigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über den stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Referat für Arbeit und Wirtschaft
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).